

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 34. Sitzung

Sozialausschuss

18. WP - 26. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Februar 2014, 15 Uhr
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)	
Daniel Günther (CDU)	
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	i. V. v. Heiner Rickers
Martin Habersaat (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Ines Strehlau
Anita Klahn (FDP)	
Sven Krumbeck (PIRATEN)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Peter Eichstädt (SDP)	Vorsitzender
Heike Franzen (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	
Wolfgang Baasch (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Dr. Marret Bohn
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Dr. Andreas Tietze
Anita Klahn (FDP)	
Wolfgang Dudda (PIRATEN)	
Flemming Meyer (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:**Seite****1. a) Aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen 2013 lernen - „Politische Jugendbildung“ fördern und einen Aktionsplan jetzt umsetzen!** 4

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1281](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/2253](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/2294](#)**Demokratie- und Partizipationsoffensive zur politischen Jugendbildung**Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abgeordneten des SSW[Umdruck 18/2252](#)Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW[Umdruck 18/2296](#) (neu) - 2. Fassung**b) Aktionsplan Politische Jugendbildung**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1214](#)**2. Schulwesen; Ferienbetreuung** 6

Schreiben des Petitionsausschusses vom 28. August 2013

interner [Umdruck 18/1669](#)**3. Verschiedenes** 9

Der Vorsitzende des beteiligten Sozialausschusses, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen 2013 lernen - „Politische Jugendbildung“ fördern und einen Aktionsplan jetzt umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1281](#)

(überwiesen am 20. November 2013 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/2253](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/2294](#)

Demokratie- und Partizipationsoffensive zur politischen Jugendbildung

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

[Umdrucke 18/2252](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2296](#) (neu) - 2. Fassung

Die Fraktionen erklären, dass der interfraktionelle Änderungsantrag 18/2296 (neu) - 2. Fassung - die bisher vorliegenden Änderungsanträge [Umdruck 18/2253](#), 18/2294 und 18/2252 ersetzt, die somit zurückgezogen werden.

Der beteiligte Sozialausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss einstimmig, den aus [Umdruck 18/2296](#) (neu) - 2. Fassung - ersichtlichen Änderungsantrag anzunehmen und dem Landtag in dieser Fassung zur Zustimmung zu empfehlen.

Unter Leitung der Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Abg. Erdmann, schließt sich der Bildungsausschuss einstimmig dem Votum des Sozialausschusses an und empfiehlt dem

Landtag, den Antrag [Drucksache 18/1281](#) in der aus [Umdruck 18/2296](#) (neu) - 2. Fassung - ersichtlichen Fassung anzunehmen.

b) Aktionsplan Politische Jugendbildung

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1214](#)

(überwiesen am 20. November 2013 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Der beteiligte Sozialausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss einstimmig, den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/1214](#), abschließend zur Kenntnis zu nehmen.

Der federführende Bildungsausschuss schließt sich diesem Votum einstimmig an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Schulwesen; Ferienbetreuung

Schreiben des Petitionsausschusses vom 28. August 2013
interner [Umdruck 18/1669](#)

hier: Gespräch mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

Herr Dr. Hase, Behindertenbeauftragter beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, macht darauf aufmerksam, dass das Thema Ferienbetreuung immer wieder angesprochen werde. Eltern suchten nach Betreuungsmöglichkeiten von behinderten Kindern. Nach seiner Erfahrung würden Betreuungsangebote in den Ferien im Rahmen der Eingliederungshilfe nur dann finanziert, wenn es einen Bezug zu einer schulischen Förderung gebe. In der Regel sei damit keine planbare Entlastung der Eltern gegeben. Teilweise gebe es Betreuungsmaßnahmen von privaten Trägern oder Vereinen. Einen Anspruch auf die Finanzierung von Betreuungsmaßnahmen gebe es nicht. In diesem Zusammenhang weist er auf Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention - Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport - hin. Sie mache deutlich, dass entsprechende Angebote geschaffen werden sollten.

Abg. Baasch möchte wissen, ob sich die Forderung auf Schaffung von Betreuungsangeboten auf generelle Betreuungsangebote und damit Inklusion oder darauf beziehe, dass Schule mit den bekannten Einrichtungen und dem bekannten Betreuungspersonal eine Betreuung anbiete.

Herr Dr. Hase legt dar, häufig sei es so, dass Eltern überhaupt nach Möglichkeiten suchten, dass Kinder eine Ferienmaßnahme besuchen könnten. Es bedürfe mehr Angebote für Menschen mit Behinderung, aber auch für Menschen mit und ohne Behinderung, gemeinsam Ferienmaßnahmen durchzuführen. Die Kostenträger versagten die Unterbringung von behinderten Kindern in regulären Ferienmaßnahmen. Diese Kosten würden nur dann getragen, wenn die Maßnahme im Rahmen eines schulischen Konzeptes angeboten werde.

Auf eine Frage der Abg. Franzen berichtet Herr Dr. Hase, dass es beispielsweise Förderzentren gebe, die entsprechende Angebote machten. Allerdings richte sich dieses Angebot in erster Linie an die Schüler dieser Förderzentren. Auch diese Angebote hätten eher einen pädagogischen Hintergrund. Insofern gebe es für die Eltern keinen entlastenden Faktor; sie könnten nicht planen. Aus der Sicht der Eltern bleibe dies ein Problem.

Abg. Klahn erkundigt sich nach Möglichkeiten der Umsetzung in der Praxis. Darauf verweist Herr Dr. Hase darauf, dass es im Bereich der Eingliederungshilfen und der Menschen mit Behinderung viele Vorschriften gebe, die durch Ermessen gekennzeichnet seien. Dieses Ermessen werde nach seinen Erkenntnissen nur dann positiv ausgeübt, wenn es bei den Betreuungsmaßnahmen einen schulischen Kontext gebe. Er schlägt vor, die Vorschriften entweder so auszulegen, dass den Eltern geholfen werde, oder eine spezielle Förderung für derartige Maßnahmen zu schaffen. Weitere Maßnahmen seien sicherlich einer Regelung auf Bundesebene vorbehalten. Er teilt mit, er beabsichtige, dieses Thema auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Landesbeauftragten mit Behinderung anzusprechen.

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Erdmann, weist darauf hin, dass Bildungsministerium und Sozialministerium derzeit gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden über den Bereich Inklusion diskutierten. Dieser gehöre auch in den Zusammenhang mit offenen Ganztagsangeboten. Sie schlage vor anzuregen, dass die Ministerien diesen Gesichtspunkt in den Verhandlungen berücksichtigten.

Abg. Rathje-Hoffmann schließt sich diesem Vorschlag an. Sodann fragt sie, ob gewissermaßen ein „Einkaufen“ von Betreuungsleistung im Rahmen des persönlichen Budgets möglich sei. Herr Dr. Hase hält diese Anregung für gut, gibt aber zu bedenken, dass diese Leistungen, sofern sie von einem Kostenträger nicht anerkannt würden, nicht in das persönliche Budget einfließen. Im Übrigen sei zu bedenken, inwieweit das persönliche Budget bereits umgesetzt sei.

Auch Abg. Klahn unterstützt den Vorschlag von Abg. Erdmann.

Herr Dr. Hase hält es für einen guten Weg, mit dem Bildungsministerium und dem Sozialministerium zu überlegen, welche Möglichkeiten einer Betreuung es gebe. Bei einer Finanzierung über die Eingliederungshilfe müssten allerdings auch noch andere Partner berücksichtigt werden.

Abg. Baasch hält es für selbstverständlich, dass auch behinderte Kinder einen Anspruch auf Ferien- und Freizeit hätten, und hält es für problematisch, wenn diese Zeit zu einer Therapiezeit umgewandelt werde. Er regt an, weitere Gespräche zu führen. Außerdem stellt er die Frage in den Raum, ob der Bereich der Eingliederungshilfe der richtige Ansatzpunkt für diese Problematik sei. Bei der Petition, die der Beratung dieses Themas zugrunde liege, gehe es auch um eine Entlastung der Eltern. Dafür sei die Eingliederungshilfe zunächst einmal nicht vorgesehen.

Abg. Franzen schlägt vor, gegebenenfalls Fachleistungsstunden zu bündeln, um Ferienzeiten abdecken zu können. Auch sie hält die Eingliederungshilfe nicht für den richtigen Ort, um zu einer Entlastung von Eltern beizutragen; dessen ungeachtet bedürften Eltern von behinderten Kindern einer Entlastung.

Herr Dr. Hase gibt zu bedenken, dass Fachleistungsstunden im Rahmen der Eingliederungshilfe nur auf einen bestimmten Personenkreis gewährt würden, nämlich für Menschen mit wesentlichen Behinderungen.

Gegenwärtig sei zu beachten, dass die Finanzierung von Fachleistungsstunden für Freizeit für Menschen mit Behinderung zurückgefahren werde. Das sei für ihn ein Alarmsignal, insbesondere vor dem Hintergrund, dass verstärkt stationäre in ambulante Maßnahmen übergangen.

Insgesamt halte er konzeptionelle Überlegungen für angebracht. Überlegenswert sei eine besondere Förderung oder die Schaffung von Anreizsystemen. Ein anderer Weg sei der über die Bundesebene.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Sozialausschusses kommen die Ausschüsse überein, die fachpolitischen Sprecher zu beauftragen, einen Beschlussvorschlag zu erarbeiten. Sobald dieser vorliegt, werden die Ausschüsse die Beratung zu diesem Thema wieder aufgreifen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende des beteiligten Sozialausschusses, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. Peter Eichstädt
Vorsitzender des Sozialausschusses

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin

gez. Anke Erdmann
Vorsitzende des Bildungsausschusses